

# Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 165.

Dienstag, den 17. Juli 1917.

24. Jahrg.

## Ein Nachruf.

Von Max Grünwald.

Die Ruhe nach einem entnervenden Kampf und Wirrwarr und die zeitliche Entfernung von der erlösenden Krise mildert das Urteil und gibt ihm objektive Gehehe. Außerdem wird der Richter nach der Fällung des Urteils immer das Gute umso lieber und leichter anerkennen, als das Schlechte und das die Beurteilung Begründende hindreichend während der Verhandlungen über den Angeklagten zu Wort und Recht gekommen ist. Es ziemt im besonderen der Sozialdemokratie von einem solchen, wenn wir so sagen dürfen, geläuterten und freieren Standpunkt aus den scheidenden Reichskanzler zu bewerten und über der Parteien Gunst und Haß doch auch das relativ Mäßige, Bleibende und Positive einer achtjährigen staatsmännischen Arbeit festzuhalten.

Die deutsche Sozialdemokratie ist, wie zu der Regierung und den Staatseinrichtungen überhaupt, so im besonderen zu Herrn v. Bethmann-Hollweg während dieses Weltkrieges in ein Verhältnis des Sichstehens und -ertragens gekommen, und sie hat seinen persönlichen Charakter, die Ehrlichkeit seiner Gesinnung und die Gründlichkeit seines Pflichtbewußtseins schließlich innerhalb der Kriegsaufgaben auch dort anerkannt, wo sie in der Sache schärfstens widersprechen mußte. Vor dem Kriege aber ist bei dem ungehemmteren, durch keine nationalen Rücksichten gebundenen Klassenkampf auch das nicht einmal vollwertig anerkannt worden, worin wir damals schon mit ihm ein Stück des Weges zusammengingen. Wir haben das kritische Einzelne vielfach über das gute Ganze gestellt und waren an die Verneinung so gewöhnt, daß wir nur höchst ungern eine zustimmende Anerkennung sogar zu Selbstverständlichkeiten auszusprechen uns herbeiließen, weil es geradezu leicht in ein Lob der gesamten Regierungsgewalt und der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung verdrängt werden konnte. Immerhin hat die Partei doch auch schon bei der inneren Reform der Verfassung und Verwaltung Elsaß-Lothringens durchaus und voll offener Anerkennung auf Seiten des Kanzlers gestanden und seinen durchsichtigen Kampf gegen andere Ausnahmemaßnahmen und Ausnahmemaße nicht nur unterstützt, sondern auch vornehmlich anerkannt. Wir haben in ruhigen Stunden auch den Anfang seiner Wahlreform in Preußen begrüßt, so unzulänglich sie gewiß in Form und Inhalt war. Es war immerhin 1910 der erste positive Anfang, auf gesetzmäßigem Wege das fundamentale Unrecht in Preußen zu bekämpfen, und es ist höchlich für alle, die sich in dieser Lage Zerrissenheit einen Sinn für ausgleichende Gerechtigkeit bewahrt haben, ein milder Trost, daß dieses Kanzlers letzter Staatsakt gerade die Unterzeichnung der Sicherung des gleichen Wahlrechts in Preußen war. Auch in der Sozialreform hat die Sozialdemokratie sehr oft im Kleinen wie im Großen hinter diesem scheidenden Kanzler gestanden und im besonderen den umfassenden vorläufigen Abschluß des deutschen Arbeiterlohgesetzes, der Reichsversicherungsordnung, ihre Zustimmung gegeben.

Während des Krieges aber hat sich das Verhältnis der großen Mehrheit unserer Fraktion und unserer Partei zu diesem scheidenden Kanzler so aktiv gestaltet, daß seine und unsere Gegner nicht genug zu höhnen wußten über die „Regierung Bethmann-Scheidemanns“. Nur Verblendung oder politischer Unverstand kann die einseitige Behauptung aufstellen, daß diese unsere aktive Verbindung mit Herrn v. Bethmann-Hollweg in einer ausschließlichen Annäherung von uns bestanden habe, vielmehr wird eine spätere gerechtere und objektivere historische Beurteilung der inneren Politik während dieses Krieges weit eher das Gegenteil feststellen können, mindestens aber anerkennen, daß die Einsicht von gemeinsamen Notwendigkeiten des Staates und von der Mobilisation der gesamten Volkskräfte zum Wohle aller auf beiden Seiten gleich groß war. Wir haben in diesem Sinne die Osterbotschaft als einen Fortschritt und die Friedenspolitik des Kanzlers als eine mutige Tat begrüßt und unterstützt.

Was uns Sozialdemokraten aber im besonderen von vornherein zu einer gerechten Beurteilung des scheidenden Kanzlers zwang, das war unsere alte marxistische Erkenntnis von der Relativität und Gebundenheit aller geschichtlichen Macht, von den Hemmungen und Bindungen, denen in einer durch Klassengegensätze und nationalen Wirrwarr zerrissenen Zeit der einzelne auch bei härterem Willen und größerer Energie, als sie Herr von Bethmann-Hollweg in die Wiege gelegt bekommen hat, in ihrem Tun und Lassen unterworfen bleibt. Wer freilich, wie die Alldutschen, keinerlei Hemmungen anerkennt und die tollste Ungebundenheit aller nationalen Äußerungen und Kräfte geradezu zum Wesen einer Politik macht, der konnte diesen Kanzler niemals verstehen und in kein wie immer erträgliches Verhältnis zu ihm kommen. Aus dieser, wenn das Wort erlaubt ist, prinzipiellen Unverein-

stimmung der Politik unserer Unabhängigen mit der Politik der Alldutschen erklärt sich auch, daß diese den Kanzler seit ihrem Bestehen nicht minder scharf als jene bekämpft haben und jetzt keinen Abgang genau so laut wie jene beklagen. Wir glauben, daß eine ruhigere Zukunft auch hier das

richtige Urteil sprach und daß die sozialdemokratische Partei Deutschlands in jeder Phase ihrer Stellung zu Herrn von Bethmann-Hollweg während seiner Kanzlerschaft, aber auch in jedem Wort dieses Nachrufs auf ihn vor der Geschichte bestehen kann.

## Kanzler, Außenminister und Reichstag.

Am Donnerstag wird der Reichskanzler, Herr Dr. Michaelis, seine Programmrede halten. Man darf nicht allzuviel erwarten; da der neue Kanzler der Politik bisher ziemlich fern stand, wird er aller Wahrscheinlichkeit nach zunächst am sechs Wochen Zeit bitten, um sich genau zu unterrichten und seinen Regierungsplan ins Einzelne auszuarbeiten. Vielleicht wird auch der Befehl in den leitenden Aemtern Preußens und des Reiches noch um einige Tage aufgeschoben werden, bis Dr. Michaelis einen Überblick darüber gewonnen hat, mit wem er weiter arbeiten kann und mit wem nicht und welche Mitarbeiter er sich neu zur Durchführung seiner Politik heranzieht. Unbedingte Klarheit wird zunächst wohl nur in zwei Punkten geschaffen werden, in der preußischen Wahlrechtsfrage und über die Friedensformel.

Die Ankündigung des gleichen Wahlrechts für Preußen war nicht nur der letzte Regierungssatz des gestürzten Kanzlers, sondern trug auch die Unterschrift Wilhelms II. Herr Dr. Michaelis wird keinen Zweifel daran lassen dürfen, daß er die Durchführung des gleichen Wahlrechts zur Verwirklichung dieses Versprechens um jeden Preis und mit allen Mitteln einschlossen will.

Ebenso wird bei der Bewilligung der neuen Kriegskredite das deutsche Kriegsziel eindeutig festgelegt werden müssen. Die Mehrheit des Reichstages, Sozialdemokratie, Zentrum, fortschrittliche Volkspartei und kleinere Fraktionen, haben sich bekanntlich auf ein Friedensprogramm geeinigt, das sie dem Reichstag zur Abstimmung vorlegen werden. Der Sozialdemokratie ist es jetzt gelungen, für ihre Friedensgedanken die Mehrheit des Reichstages zu gewinnen. Die Annexionspolitiker denken aber deshalb nicht daran, abzuziehen, sondern treiben ihre Propaganda mit verdoppelter Wut weiter. Der „unabhängige Ausschuss für einen deutschen Frieden“ erhebt Einspruch gegen diese neue Friedensfundgebung und wagt es, dieses Angebot als das eines faulen Fisches zu verächtigen, „der unser ganzes Dasein, unsere wirtschaftliche und politische Existenz als selbständige Nation preisgibt und unsere Zukunft einem unheilbaren Stochum überantwortet.“ Ihm sekundiert der ganze Chor der Eroberungspreffe. So fabelt die „Tägliche Rundschau“, die Rundgebung verbante ihre Entstehung einem Nervenzusammenbruch des Verfassungsausschusses — der Verfassungsausschuss hat sich niemals mit der Friedensfundgebung beschäftigt. Sie fordert eine Gegenfundgebung, die unumwunden aussprechen soll, daß angeblich die Mehrheit des deutschen Volkes und namentlich auch die feldgraue Mehrheit anders denke; sie erklärt einen Gegenstich der Regierung gegen Scheidemann und Erzberger für unerlässlich. Und in ähnlicher Tonart klingt es aus allen alldutschen Blättern.

Bei aller Rücksicht, die man dem neuen Mann in seiner Schonzeit gern entgegenbringt, kann Dr. Michaelis über seine Stellung zur Friedensfrage also nicht schweigen. Er muß offen sagen, ob er den Verständigungsfrieden oder den Bergewaltigungsfrieden will. Lehnt er den Standpunkt der Reichstagsmehrheit ab, an dem diese unbedingt festhält, dann ist der offene Konflikt gegeben; und unserer Ueberzeugung nach wird Herr Dr. Michaelis die Erfahrung machen, daß kein Kanzler in Deutschland mehr gegen den Reichstag regieren kann. Wir haben allerdings alle Veranlassung anzunehmen, daß er den Versuch dazu gar nicht erst machen, sondern sich der Friedensfundgebung des Reichstages anschließen und für sie auch die Zustimmung der Krone finden wird.

Einen allgemeinen Schluß über die Richtung, in die Dr. Michaelis die Außenpolitik des Reiches zu leiten gedenkt, wird man schon aus der Wahl des neuen Staatssekretärs des Auswärtigen ziehen können. Der Rücktritt Zimmermanns ist gewiß und muß sofort erfolgen. Als sein Nachfolger war mit großer Bestimmtheit Graf Ulrich von Brockdorff-Rantzau, der deutsche Gesandte in Kopenhagen, genannt worden. Möglich wurde von alldentscher Seite die Kandidatur des Admirals von Hinz, des Gesandten in Christiania, leidenschaftlich und betrieblich in den Vordergrund geschoben. Auf der anderen Seite empfiehlt die „Vossische Zeitung“ lebhaft den Grafen Bernstorff, und das „Berliner Tageblatt“ weiß auch auf Freiherrn von Rielmann, den Botschafter in Konstantinopel, auf Dr. Rosen, den deutschen Gesandten in Haag, und auf den Staatssekretär im Reichskolonialamt Dr. Solff als geeignete Anwärter hin. So schwer es war, einen Reichskanzler zu finden — der Chef des Zivilkabinetts soll den höchsten preussischen Orden dazu erhalten haben, daß es

ihm so rasch gelang — so leicht wird es sein, aus dieser großen Zahl einigermaßen bewährter Diplomaten einen passenden Mann für die Friedenspolitik des deutschen Reichstages zu gewinnen. Nur Herr von Hinz ist dazu infolge seiner Vergangenheit, namentlich wegen seiner Tätigkeit als Marine-Attache in Petersburg während der ersten russischen Revolution, nicht geeignet; seine Ernennung würde wie eine Herausforderung der Reichstagsmehrheit wirken, auch wenn sie nicht so beabsichtigt wäre, weil sie das Friedensstreben erschwerte. Wir halten es für sehr unwahrscheinlich, daß die Wahl auf Herrn von Hinz fallen wird. Die „Deutsche Tageszeitung“ macht zwar vor anderen Anwärtern, insbesondere dem Grafen Bernstorff, graulich, indem sie behauptet, er sei Vertreter des Bezahlsfriedens — seine Ernennung würde als Zeichen deutscher Schwäche und als Einleitung deutscher Nachgiebigkeit angesehen werden. Aber das Deutschland des Friedensangebots vom 12. Dezember hat den Vorwurf der Schwäche auch nicht gescheut und braucht ihn jetzt auch nicht einen Augenblick zu fürchten. Wohl aber muß es darauf achten, eine Herausforderung zu vermeiden, und mit Rücksicht hierauf muß Dr. Michaelis sich seinen ersten Mitarbeiter wählen. Er steht vor einer ersten weittragenden Entscheidung.

## Die Kriegslage.

Nachdem die Engländer am 15. Juli 4 Uhr vormittags bei Lombardzde dreimal blutig abgeschlagen waren, sammelten sie um 11 Uhr vormittags abermals Sturmtruppen beiderseits der Straße Kieuport-Lombardzde. Das sofort einsetzende kräftige Beschützungsgeschütz auf die feindlichen Gräben ließ jedoch den geplanten Angriff nicht auskommen. Im Artois fand in der Nacht zum 15. Juli gleichzeitig mit den gemeldeten feindlichen Vorstößen ein weiterer Angriff einer starken englischen Erkundungsabteilung bei Bullecourt statt. Er schieterte wie die übrigen. Der an einer Stelle eingebrungene Feind wurde im Nahkampf wieder geworfen. Das Feuer war besonders abends und nachts lebhaft gesteigert. Unsere Batterien beschossen die Schützgräben von Rouz, les Mines und Arras. Verschiedene feindliche Patrouillen wurden vertreiben, während eine eigene Patrouille östlich von Bullecourt Gefangene zurückbrachte. Die Zahl der aus dem erfolgreichen Vorstoß südwestlich von Courtecon eingebrachten Gefangenen erhöhte sich auf 375. Bei fünf starken, in der Nacht zum 15. Juli verführten französischen Gegenstößen, die auch im Laufe des Tages mehrfach wiederholt wurden, erlitten die Franzosen außerordentlich schwere Verluste. Der gemeldete Angriff auf den Bodelle-Rücken wurde durch zweifelhafte Artillerie- und Minen-Feuer aller Kaliber vorbereitet, das sich um 5 Uhr 25 nachmittags zum Trommelfeuer steigerte. Der in unserem Feuer zusammenbrechende feindliche Angriff kostete den Franzosen abermals schwerste Verluste. Unsere Flieger belegten nachts auf den 16. Juli die Orte Chalons, Fresnes, Mourmelon le Grand ausgiebig mit Bomben und griffen lohnende Ziele mit Maschinengewehrfeuer an. In der Nacht zum 16. Juli wurde nach früher einständiger Artillerievorbereitung eine gegen unsere Stellungen nordwestlich von Brunay vorstößende Erkundungsabteilung mit Handgranaten und Infanteriefeuer abgemengt. Westlich der Maas wiesen wir im Morgengrauen des 15. Juli einen matten feindlichen Vorstoß gegen die Höhe 304 zurück. Das feindliche Feuer ging am Nachmittag in kräftige Feuerüberfälle über und steigerte sich von 5 Uhr ab zu größerer Stärke auf die Kampfstellungen der Höhe 304. Erst gegen Mitternacht flaute es ab, um mit Tagesanbruch erneut gegen unsere Stellungen vom Ouwald von Vooourt bis zur Maas einzusetzen.

Im Osten hielt der Regen an. Wir drückten zur Verbesserung der Stellung unsere Linie nördlich und nordöstlich von Raluz um etwa einen Kilometer vor und wiesen Gegenangriffe ab. In den Karpaten war bei Regen und Nebel das feindliche Feuer nur im Tartaren-Passe und nördlich davon, sowie an der Ditzingstraße zeitweise etwas lebhafter. Mehrfache russische Patrouillenvorstöße wurden zurückgewiesen.

In Rumänien lebhaftere Geschäftstätigkeit, namentlich zwischen der Donau und Rimnicul, sowie bei Jacea. 1 Uhr nachts wurde Prislava vom Gegner heftig durch Infanterie- und Maschinengewehrfeuer beschossen. Ein von Karakacz auf Karal marschierendes feindliches Bataillon wurde unter Feuer genommen. Unsere Artillerie setzte ihr Zerstörungsgeschäft auf die feindlichen Anlagen südlich der Rimnicul-Mündung fort. Der Bahnhof von Maralesti wurde weiter beschossen. Explosionen auf dem Bahnhof Meinen hielten bis in die Nacht an. Brände waren während der ganzen Nacht sichtbar.

Paris, 16. Juli, abends. (Amtlich.)  
Zur Westen mehrfach lebhaftere Feuererregung.  
Im Osten keine größeren Kampfhandlungen.

Wien, 16. Juli. (Amtlich.)

### Österreichischer Kriegsschauplatz.

In den Waldkarpaten und südlich des Dniepr wurden Fortschritte feindlicher Erkundungsabteilungen zurückgewiesen. Sonst weder im Osten noch an der Albanischen Front besondere Ereignisse.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Bei Jamino scheiterten mehrere italienische Teilangriffe.  
Ereignisse zur See: Eines unserer U-Boote, Kommandant Vintenschiffleutnant Trapp, hat am 8. Juli die militärischen Anlagen von Derna (Nord-Afrika) durch eine Stunde mit guter Wirkung beschossen. Das Feuer feindlicher Landbatterien war erfolglos.

## Frankreich und Belgien.

### Die gegnerischen Seeresberichte.

Frankösischer Bericht vom 15. Juli, nachmittags: Nach mehrstündiger Vorbereitung durch Trommelfeuer unternahm die deutsche Flotte am Abend einen Angriff auf einen vorliegenden Punkt in unserer Linie westlich von Cerny. Der Kampf war sehr heftig und dauerte die ganze Nacht hindurch mit wechselndem Erfolge an. Trotz der großen Verbände, die der Feind in den Kampf warf, und der starken Verwendung von Flammenwerfern wurden die Angreifer schließlich aus dem Stützgraben, wo sie eingedrungen waren, wieder hinausgeworfen; sie konnten nur einige Abschnitte in unserer ersten Linie auf einer Front von etwa 500 Meter halten. Die Artillerietätigkeit im Abschnitt von Craonne-Champagne war unverändert lebhaft.

Nach starker Artillerievorbereitung griffen unsere Truppen 7 1/2 Uhr abends die deutschen Stellungen an zwei Punkten der Front an. Der Angriff wurde mit außerordentlicher Kraft geführt und es gelang, alle vorgezeichneten Ziele nördlich von Hochberg und an den Nordwesthängen des Hoch-Berges zu erreichen. Unsere Soldaten bestanden die bewundernswürdige Probe ihrer Tüchtigkeit: Sie nahmen ein hart besetztes Grabenstück des Feindes in einer Breite von ungefähr 800 Metern und einer Tiefe von 300 Metern. Die Deutschen antworteten heftig. Ihre Angriffe folgten sich während eines Teiles der Nacht, alle scheiterten unter schweren Verlusten in unserem Feuer oder nach Handgemenge. Die eroberten Stellungen werden vollständig gehalten. Die Zahl der bei dieser Unternehmung getöteten Gefangenen beträgt 350, darunter 9 Offiziere. Feindliche Truppenansammlungen, die zur Abholung bestimmt waren, wurden unter unser Artilleriefeuer genommen, fast mitgenommen. Auf dem linken Maasufer war die Nacht bemerkenswert durch sehr lebhaftes Artillerietätigkeit in der Gegend der Höhe 204 und des Loren Mannes. Westlich vom Loren Mann wiesen wir einen feindlichen Angriff ab. Im Walde von Hocourt ausgedehnte Tätigkeit von Erkundungsabteilungen; wir nahmen Gefangene. Auf dem rechten Ufer wurden feindliche Erkundungsabteilungen, die unsere Linien am Ostende des Waldes von Couriers zu erreichen versuchten, durch Feuer zerstört.

Abendbericht: Der Artilleriekampf ging tagsüber mit geringerer Heftigkeit in der Gegend westlich von Cerny weiter. Beschreibungen mit Unterbrechungen in der ersten Linie des Abschnittes von Craonne. In der Champagne bauten unsere Truppen die Stellungen aus, die wir letzte Nacht nördlich des Hoch- und Hoch-Berges eroberten. Der Feind erwiderte nur mit Artillerie. Westlich der Höhe von Mesnil und in den Argonne in Richtung auf Balante führten wir erfolgreiche Vorstöße in die feindlichen Gräben aus und brachten Gefangene zurück.

Englischer Bericht vom 15. Juli, nachmittags: Nächtlige Zusammenstöße von Erkundungsabteilungen, die für uns günstig verliefen. Südlich von Hamcourt und Furnes. Vorstöße in der Gegend von Bellecourt, Gavralle und südlich von Armentieres. Wir warfen deutsche Sturmtruppen nördlich von Armentieres zurück.

Abendbericht: Seine Artillerien waren den Tag über tätig in der Nähe von Armentieres, Eschbaere und Neuvort.

### Eine kühnliche Sitzung des französischen Sozialisten-Ausschusses.

„Nouvelles de Lyon“ berichtet aus Paris: Die Vollziehung des sozialistischen Ausschusses zur Beantwortung des holländisch-italienischen Fragebogens hat sich von Renaudel einen Bericht über die Beantwortung für den Krieg und über die Sehnsucht für eine Gesellschaft der Nationen erstatten lassen. Nach diesem Bericht fällt die ganze Verantwortung für den Krieg auf die Mittelmächte zurück. Der Anhänger der Minderheit, Baillet-Latour, an die Erklärungen von Thomas und Ribot über die sozialistische Partei teile keineswegs dessen persönliche Ansicht. Renaudel stimmte der Ansicht Baillets zu und erklärte, die Meinung von Thomas sei für die Partei keineswegs bindend. Die Entscheidung über die Frage der Verantwortung für den Krieg dauerte sehr lange und verlief sehr heftig und erregt. Die Meinungsverschiedenheiten der beiden Parteifaktionen wurden durch die Erklärungen verschärft. Renaudel erklärte, die Minderheit werde durch ihn einen anderen Bericht einbringen lassen, um ihrem Standpunkt Gehör zu verschaffen. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden, so daß sofort nach Einbringung des Minderheitsberichts eine neue Sitzung stattfinden wird.

## Rußland.

### Der Kampf um Finnlands Selbständigkeit.

Nach der finnischen Zeitung „Työväen“ hat der finnische Landtag mit großer Mehrheit beschlossen, Finnland selbständig zu machen. Der Landtag erklärt, daß die vorläufige Regierung nicht die Befugnis hat, über Finnland zu bestimmen, und daß der Senat und der Landtag die Regierungsmacht im Lande ausüben. Der sozialistische Abgeordnete Wackeli hielt eine große Rede, in der er die finnische Jugend ermahnt, sich zu bewaffnen, um etwaigen Gewaltmaßnahmen zu begegnen.

Die Feindbündler Telegrammgenossen melde aus Helsingfors: Mächtigende Kräfte neigen an, daß die dritte Sitzung des Sejmens über die Unabhängigkeit Finnlands am Montag abend festgesetzt werden soll. Die Lage bleibt unverändert. Es scheint, daß die Annahme der Vorlage durch den Landtag feststeht. Es fragt sich nur, ob die Vorlage verfassungsmäßig angenommen werde, oder ob die Regierung des Landtags durchsetzt, auf die Staatsgrundgesetze keine Rücksicht zu nehmen. Im letzteren Falle würde das neue Gesetz eine revolutionäre Handlung darstellen. Die verfassungsmäßige Annahme der Vorlage, das heißt mit dem Gehör der Stämme, verpflichtet den Landtag, die vorläufige Regierung zur Beibehaltung anzuplenken, wodurch die Möglichkeit neuer Verhandlungen gegeben wäre und zu gegenseitigen Zugeständnissen führen könnte.

## Der Seekrieg.

### Erfolgreiche Luftangriffe auf Desel.

WBS. Berlin, 16. Juli. (Amtlich.) Hafenanlagen von Arensburg und die russische Seeflugstation Papenholm auf der Insel Desel wurden von unseren Flugzeuggeschwadern der Ostlichen Ostsee in den letzten Tagen wiederholt und erfolgreich mit Bomben angegriffen. Die Flugzeuge sind sämtlich unverletzt zurückgekehrt.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

## Allerlei Kriegsnachrichten.

### Der Erfolg einer Gegenmaßregel.

Amtlich wird aus Berlin gemeldet: Vor kurzem wurde in der Presse mitgeteilt, daß die französische Regierung angeordnet habe, den deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten Nahrungsmittel, Rauchwaren, Arzneimittel, Toiletteartikel aus den an sie gerichteten Sendungen nicht mehr auszuhandigen. Gleichzeitig wurde bekanntgegeben, daß entsprechende Maßregeln gegen die französischen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten in Deutschland getroffen waren. Jetzt kann erfreulicherweise mitgeteilt werden, daß die französische Regierung ihre Maßnahmen aufgehoben hat. Die deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten in Frankreich dürfen also wieder wie früher Pakete und Sammelsendungen jeden Inhalts empfangen. Die deutsche Gegenmaßregel wurde daraufhin ebenfalls aufgehoben.

### Deutsch-norwegischer Notenwechsel über die Beförderung von Sprengstoffen durch den deutschen Kurier.

Die „Nordd. Allgem. Zeitung“ veröffentlicht den Notenwechsel zwischen der norwegischen Gesandtschaft in Berlin und dem Auswärtigen Amte über die Beförderung von Sprengstoffen durch den deutschen Kurier. Danach erhob die norwegische Gesandtschaft unter dem 28. Juni in der Verbalnote im Namen der norwegischen Regierung gegen die Beförderung von Bomben und anderen Sprengmaterialien durch den deutschen Kurier von Kautenfelds und deren Aufbewahrung in Privathäusern, wozu von Kautenfelds und andere Mitbewohner Zutritt haben, Einspruch als gegen den ersten Mißbrauch des Kurierprivilegiums und Verletzung des norwegischen Territoriums. In der Verbalnote vom 9. Juli läßt das Auswärtige Amt den Sachverhalt auf und teilt mit, daß der Kurier seiner Stellung als Kurier enthoben sei. Ueber die Frage, ob eine strafbare Handlung vorliegt, wird die zuständige Strafbehörde noch zu entscheiden haben. Die deutsche Regierung wiederholt jedoch die Versicherung, daß der Kurier ebensowenig wie eine andere Person von einer deutschen Amtsstelle den Auftrag hatte zu einer Verwendung der Sprengstoffe auf norwegischem Gebiete oder gegen norwegische Interessen. Auch kann die deutsche Regierung nicht umhin, der norwegischen Regierung bereits durch die dem deutschen Gesandten in Christiania übermittelte Verwahrung gegen die mit dem Völkerrecht nicht zu vereinbarende Verhaftung des die Verwahrung der Speritorialität eingehenden Kuriers durch die norwegischen Behörden sowie gegen seine Unterstellung unter die norwegische Gerichtsbarkeit ausdrücklich zu wiederholen. Auf den Vorwurf der Verletzung des norwegischen Territoriums wird in der Note erklärt, daß solche in einer bloßen Durchfuhr der Sprengstoffe, sowie in deren zeitweiliger Lagerung zum Zwecke der Durchfuhr schwerlich erblickt werden könne, da dies nicht verboten ist. Auch ist im Laufe des Krieges zugunsten der mit Deutschland im Krieg befindlichen Mächte Kriegsmaterial aller Art in größtem Umfange durch Norwegen durchgeführt und zeitweilig dort aufgestapelt. Die Note brächt schließlich die Hoffnung aus, daß der von der deutschen Regierung sehr bedauerliche Vorfall die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern nicht weiter beeinträchtigen wird.

### Holland bleibt neutral.

Wie der „Times“ aus New York gemeldet wird, erklärte der niederländische Gesandte in Washington in einem Pressegespräch, die Niederlande würden streng neutral bleiben, außer wenn sie angegriffen würden. Kein Druck, der auf die Bevölkerung ausgeübt wird und keine Drohung irgendwelcher Art werden an der Haltung des Landes irgend etwas ändern können. Die Niederlande führten mehr nach England aus als nach Deutschland und sie würden mit der Ausfuhr nach Deutschland nicht aufhören, ohne auch gleichzeitig die Ausfuhr nach England einzustellen. Wenn die Unionstaaten kein Getreide mehr nach Holland ausführen, würde das bedeuten, daß die Kriegsgefangenen und Soldaten, die im Lande verpflegt werden, kein Brot mehr erhalten würden. Die Hauptfrage für Holland sei die absolute unparteiische Neutralität, aber man dürfe deshalb nicht denken, daß Holland keinen Krieg führen könnte. Wenn seine nationale Ehre im Spiele stünde, würde das Land auf die Gefahr einer eventuellen Niederlage nicht vor dem Kriege zurückweichen.

### Stragensruhen in Dschibon.

Die „Morning Post“ erzählt aus Dschibon vom 13. Juli, daß es am 12. Juli anlässlich einer Straßendemonstration von aufständischen Arbeitern zu Zusammenstößen mit der Polizei kam. Sechs Personen wurden getötet und dreißig verwundet. Die Ruhe ist wieder hergestellt. Es wurde der Belagerungszustand verhängt.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Aus dem Reichstage.

Der Vorschlagsausschuß des Reichstages hat beschlossen, die nächste Sitzung des Plenums auf Donnerstag nachmittags 3 Uhr anzusetzen. Auf der Tagesordnung wird die erste Lesung der Kreditvorlage (Fortsetzung) stehen. Wenn möglich, soll die zweite und dritte Lesung am Donnerstag oder am folgenden Tage stattfinden. Weiter werden neben der zweiten Lesung des Entwurfs betr. Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte Petitionen auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Am Freitag soll der Reichstag sich bis zum September verringern. Der Hauptanstoß und der Verfassungsausschuß werden vor der Verlesung keine Sitzungen mehr abhalten; beide Ausschüsse werden aber vor dem Wiederzusammentritt des Reichstages, voraussichtlich im ersten Drittel des September wieder zusammenkommen, um grundsätzliche Besprechungen für die Plenarsitzungen zu treffen.

Am Donnerstag wird der neue Reichskanzler Dr. Michaelis im Reichstage einleitende Ausführungen machen und sein Programm entwickeln. Auch die von den Mehrheitsparteien verfaßte Kriegszielresolution soll erörtert werden.

Die interfraktionellen Besprechungen der Mehrheitsvertreter gehen täglich weiter. Das „Berl. Tagebl.“ bemerkt hierzu, es sei bei der immer noch gespannten politischen Situation nur zu begrüßen, daß die Mehrheit sich bei dem weitesten Gang der Dinge nicht ausschalten lassen will, sondern es für selbstverständlich hält, zu allen aktuellen Fragen Stellung zu nehmen. Die Besprechungen haben naturgemäß vertraulichen Charakter, aber es könne gesagt werden, daß die Mehrheit des Volkes jedenfalls erwarten darf, daß sich der Reichstag bei dem gegenwärtigen Spiel der miteinander ringenden politischen Kräfte nicht in den Hintergrund drängen und die Stellung und das Ansehen des Parlaments sowohl dem In- wie dem Auslande gegenüber kräftig wahren wird.

#### Zur Kohlenversorgung.

Unter dem Vorsitz des neuen Reichskommissars für die Kohlenverteilung hat am Sonnabend eine Sitzung des Beirats in Berlin stattgefunden. In dieser entwickelte der Reichskommissar, wie wir dem „Berl. Tagebl.“ entnehmen, ein Programm für die Kohlenverteilung. Er teilte u. a. mit, daß aus den Kohlenausgleichstellen sachkundige Herren herangezogen seien, die in Berlin mitarbeiten sollten, womit er hoffe, daß dem Wunsch der Industrie Rechnung getragen sein werde. Für Mitteldeutschland, wo besonders verfahrenere Verhältnisse vorlägen, da kein Syndikat bestehe, habe er drei Verteilungsstellen vorgezogen, die ihre Tätigkeit voraussichtlich am 1. August aufnehmen. Diese drei Verteilungsstellen würden ihren Sitz in Magdeburg, Halle und Leipzig haben. Dadurch, daß alle Anträge durch die Verteilungsstelle gingen, hoffe man, daß eine gleichmäßige Verteilung namentlich für den Hausbrand sich ermöglichen lassen werde, und daß das Programm, das für die Versorgung des Hausbrandes mit Brennmaterial zum Vorschlag gebracht sei, entsprechend ausgeführt werden könne.

#### Die Kriegsverlängerer an der Arbeit.

Der „Unabhängige Ausschuß für einen Deutschen Frieden“ hatte am Sonntag seine Vertrauensmänner aus dem ganzen Deutschen Reich zu einer Besprechung nach Berlin eingeladen. Prof. Dr. Dietrich Schäfer hatte das einleitende Referat über die allgemeine politische Lage, Superintendent Rhode aus Schildberg (Posen) besprach die Verhältnisse in Kongresspolen und Justizrat Wagner-Berlin deren Rückwirkung auf die Ostmark. In neuen Leitfäden wandten sich die Anwesenden gegen die Errichtung eines unumschränkten Königreiches Polen, das eine dauernde Gefahr des Deutschen Reiches sein würde. Das Deutsche Reich müsse auch noch für lange Zeit die politische, militärische und wirtschaftliche Oberleitung des etwa entstehenden polnischen Staatswesens in der Hand behalten. Die russischen Staats- und Krongüter müßten Eigentum des Deutschen Reiches werden. Kurland, Litauen, das Gouvernement Suwalki und die jetzt von den deutschen Truppen besetzten Teile des Gouvernements Wilna, Grodno und Minsk dürften nicht mit Polen vereinigt werden, sondern müßten als besondere Verwaltungsgebiete dem Deutschen Reich angegeschlossen werden.

Der „Deutschbund“ (Sitz Gotha), eine dem „Unabhängigen Ausschuß“ verwandte Organisation, hat an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, in der er eine sehr hohe Kriegsentzädigung fordert; sie müsse so hoch bemessen sein, daß sie „neben einer dauernden wirtschaftlichen Schwächung der Gegner uns reichliche Mittel gewährt zur Lösung gemeinnütziger Aufgaben auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet“. Ein wesentlicher Teil der Kriegsentzädigung könne in Form von Rohstoffen geliefert werden, um die sofortige Wiederaufnahme der Großbetriebe zu ermöglichen. Die Kriegsentzädigung habe aber nicht nur in Form von Barmittegezahlung und Rohstofflieferung, sondern vor allem in der von Landabtretung zu erfolgen. Das erreichbare Raummaß der Landabtretung sei natürlich abhängig von der engültigen Größe unseres Erfolges. Die Neuerwerbungen vor unseren Grenzen seien zunächst als Grenzmarken zu verwalten; unter keiner Bedingung dürften ihre Bewohner politische Rechte erhalten. Diese Bewohner seien, soweit sie fremdkämmig sind (Franzosen, Polen, Russen, Juden usw.) von ihren Mutterstaaten zu übernehmen und durch deutsche Gelder aus dem Reich und dem Auslande zu erlösen. Grundbesitz in nichtdeutschen Händen ist zu enteignen, um Notabeneildung zu verhüten. Das politische und wirtschaftliche Ziel der Zukunft müsse sein, die germanischen Staaten Mittel- und Nordeuropas zu einem Schutz- und Trutzbündnis und mit den wirtschaftlich abhängigen Kundstaaten zu einem geschlossenen Wirtschaftsgebiet zu vereinigen.

Das ist so ziemlich das Letzte, was auf diesem Gebiet bisher geleistet worden ist. Hoffentlich gibt am Donnerstag der neue Reichskanzler auf diese Eingabe gleich die richtige Antwort.

#### Die hellen Sachsen

wollen sich in der Frage der Neuorientierung nicht vom Reichstage hineinreden lassen. Eine Meldung der „Frst. Ztg.“ aus Dresden besagt: Die sächsischen Minister haben vor einigen Tagen mit dem König Fragen der Neuorientierung im Reich erörtert. Aus den Besprechungen erfahren wir, daß Sachsen alle Eingriffe des Reiches in die verfassungsmäßigen Rechte der Bundesstaaten ablehnt. Zu diesen Rechten wird besonders die selbständige Bestimmung der Bundesstaaten über ihr Wahlrecht gerechnet. Sachsen wird seinen Standpunkt mit Entschiedenheit im Bundesrat zum Ausdruck bringen.

## Aus Süden und den Nachbargebieten.

Dienstag, 17.

### Süden und die baltischen Provinzen.

In diesem Titel wird in der Nummer 28 der „Sächsischen Blätter“ ein mit Dr. W. (allroth?) unterzeichneter Artikel veröffentlicht, der sich gegen unsere am Donnerstag voriger Woche zum Abdruck gebrachten Ausführungen bezüglich der Unterföhrung der Deutsch-baltischen Gesellschaft mit 10 000 Mk. aus Staatsmü-



mauern des Reichsgebäudes. Dieses letztere soll unwohnlich sein? Die heilige Begeisterung der Augusttage 1914 beweist unüberleglich das Gegenteil. Aberall unheilvolle Schwärze, oben wie unten! Wo bleibt der vom ganzen deutschen Volke heißersehnte starke Führer, der Hindenburg der Politik? — Wir Konservativen haben von Anfang an den in seiner Unerfahrenheit einem ungeheuren Volksbetrug gleichenden Demokratisierungsrundel nicht mitgemacht und vertrauen, daß der Hohe Senat der Freien und Hansestadt Hamburg mit offenem Manneswort und heiliger Ueberzeugung an berufener Stelle den vorstehend gekennzeichneten Herrschungen fest entgegenzutreten wird; im Sinne des Helden, der Hamburgs größter Ehrenbürger war, und von dem die Geschichte, wie wir zu des Reiches Kraft und Herrlichkeit heiß beten, bereinigt werden soll: Bismarck, du hast nicht umsonst gelebt! Ehrerbietig: Hamburgische Konservative Vereinigung. — In dieser Eingabe ist eines erwähnlich: Der heillose Bombast ihres Satzgefüges, der im umgekehrten Verhältnis zum Inhalt steht, läßt auf den ersten Blick erkennen, daß es sich in dem Hirn des Verfassers dieser Stillebung ebenso trostlos aussieht, wie in diesem dürren Sommer auf einem Saferfeld im sandigen Heideboden. Und damit muß man sich trösten.

**Harburg. Waldbrände.** In dem Festsburger Gemeindefort, angrenzend an den Kleberwald, brach Sonnabendabend ein Feuer aus, das etwa 4 Morgen 40jährigen Fichtenbestand vernichtete. Nach dreistündiger Arbeit gelang es, eine weitere Ausbreitung des Brandes zu verhindern. Die Ursache des Brandes ist auf Röhren von Kartoffeln am Waldbesamung zurückzuführen. Weiter fanden am Sonntag Waldbrände in Maschen, Lohbergen und Hedenorden statt.

**Neumünster. Großfeuer.** In der Nacht zum Sonntag ist der gesamte landwirtschaftliche Besitz des Hofbesizers Wilhelm Wachmann in Groß-Harriesfeld ein Raub der Flammen geworden. Der Besitzer steht im Felde. Entkommen ist das Feuer im Wirtschaftsgebäude, dann hat es das Viehhaus ergriffen und in kurzer Zeit das Wohnhaus vernichtet. Es wurde zuerst von russischen Kriegsgefangenen entdeckt, die die Hauseinwohner aus dem Schlafe

brachten. Die bereits geborgene Feuerwehr ist bis auf geringe Reste vernichtet, ebenfalls das gesamte landwirtschaftliche Inventar. Ein Teil des Mobiliars konnte in Sicherheit gebracht werden.

**Wismar.** Was bei der Kriegsschiffhandels-gesellschaft verdient wird. Vom Schöffengericht Krüppeln in Mecklenburg waren 15 Jünger verurteilt worden, weil sie in der Zeit vom 1. bis 7. Februar die von ihnen gefangenen Fische nicht an die Kriegshandelsgesellschaft in Wismar abgeliefert, sondern ihre Fische nach Berlin verkauft haben, obgleich ihnen angegeben war, die Fische bei Fischer Glöbe in Arendsee abzuliefern. Die Beschuldigten waren mitschuldig, weil Glöbe bei diesem Geschäft täglich nach Aussage eines Beurteilten 400 bis 1000 Mk. verdiente. Gegen dieses Urteil hatten die Staatsanwaltschaft und die Beurteilten Berufung eingelegt. Wertvoll war die Berufungsverhandlung vor der Strafkammer in Rostock durch Befragung des Zeugen Dr. Döbner, daß einer der Abnehmer in Warnemünde für den Monat Mai 6000 Mk., der zweite für denselben Monat 5000 Mk. verdient hat.

### Neueste Nachrichten.

**Berlin, 16. Juli. (Amtlich.)** Im Atlantischen Ozean wurde durch unsere U-Boote eine Anzahl Dampfer und Segler vernichtet. Darunter befanden sich die bewaffneten englischen Dampfer „Thirby“ (2000 Tonnen) mit Erladung und „Mata-dor“ (3400 Tonnen) mit Stückgut nach England sowie der englische Segler „Lady of the Lake“. Eins der versenkten Schiffe hatte Mais für England geladen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

**Bern, 16. Juli.** Nach Petersburger Meldungen hat der finnische Senat mit Stimmeneinheit die Proklamierung der russischen

provisorischen Regierung, die die Verhängung des Kriegesrechts über Finnland anspricht, für ungültig erklärt.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Kömigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Steiling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Der  
**Lübecker Volksbote**  
dient  
den Arbeiterinteressen  
schützt  
die Rechte des Volkes!

### Bekanntmachung

betreffend den Verkauf von Gemüsekonserven.

- Von der Gemüsekonserven-Kriegsgesellschaft sind Gemüsekonserven zum Verkauf freigegeben, die bei einer größeren Anzahl hiesiger Geschäfte verteilt worden sind.
- 1) Der Verkauf dieser Gemüsekonserven und derjenigen, die von der letzten Verteilung in den Geschäften übrig geblieben sind, findet in der Woche vom 23. bis 28. Juli 1917 statt und zwar auf den Abschnitt K XXII des Lebensmittelbuches. An die Kundenliste ist der Verkauf nicht gebunden.
  - 2) Für jede Person dürfen nicht mehr als 1 Pfund Konserven verabfolgt und entnommen werden.
  - 3) Diejenigen Geschäfte, in denen Gemüsekonserven zu verkaufen sind, haben dies durch einen von der Straße aus gut lesbaren Aufschlag an ihrem Geschäftsort (ober im Schaufenster) kenntlich zu machen. Diese Ankündigung darf erst entfernt werden, nachdem sämtliche Gemüsekonserven ausverkauft sind.
  - 4) Die Verkäufer haben die von ihnen entgegengenommenen Abschnitte K XXII des Lebensmittelbuches spätestens bis zum Sonnabend, dem 4. August 1917, an die Geschäftsstelle des Polizeiamts, Breite Straße 56, I, Zimmer 1, in einer Verpackung mit Inhaltsangabe und dem Namen des Verkäufers abzuliefern.
  - 5) Sämtliche Gemüsekonserven, die mit Ablauf des 28. Juli 1917 nicht verkauft worden sind, können nach dieser Zeit freihändig an jedermann verkauft werden.
  - 6) Wer den vorstehenden Vorschriften zuwiderhandelt, wird auf Grund des § 8 der Bekanntmachung des Polizeiamts, betreffend die Ausgabe von Lebensmittelbüchern, mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Das Polizeiamt.

Zum 1. Oktober 3-Zimmer-Wohnung zu vermieten. Zu bel. 1242-1/2 u. abends nach 7 Uhr. 1920) Koll 18, III.

Gei. 3. I. Ofr. für alt. Mann (Handm.-Wm.) ein nicht zu h. leer. heilb. Zim., am 1. i. d. Stadt. King. u. M. M. an die Exped. (1923)

**Berlolen** a Buch m. ca. 30 Mf. in d. Straßenbahn. Der ehlliche Bruder wird gebeten, selbiges gegen Belohnung abzug. (1929) Giesingstraße 92, Baden.

**M. Marcks (1924)**  
**Zahn-Praxis**  
Breite Straße 56.  
Schmerzloses Einsetzen künstl. Zähne ohne Herausnahme der Wurzeln unter Garantie der Brauchbarkeit beim Essen.

**Visitenkarten**  
Fiefert schnellstens  
Buchdr. Friedr. Meyer & Co.

Von der  
**Lehrmeister-Bibliothek**  
empfehlen wir besonders folgende Bändchen:

- Das Ginnwachen der Gemälde . . . 50<sup>4</sup> Nr. 343-44
- Das Ginnwachen der Trüble . . . 25<sup>4</sup> Nr. 3
- Grate u. Aufbewahrung des Stübes 50<sup>4</sup> Nr. 55-56
- Die Trüblebereitung . . . 25<sup>4</sup> Nr. 345
- Bewertung d. Stübes im Haushalt 25<sup>4</sup> Nr. 77
- Büchle . . . 25<sup>4</sup> Nr. 300
- Büchle Fleischerbüchle . . . 25<sup>4</sup> Nr. 320
- Büchle Fleischerbüchle . . . 50<sup>4</sup> Nr. 334-35
- Büchle Trüble . . . 50<sup>4</sup> Nr. 350-51
- Ein Monat Arbeiterbüchle . . . 25<sup>4</sup> Nr. 46
- Begleitendes Büchle . . . 25<sup>4</sup> Nr. 187
- Büchle und Kochbüchle . . . 25<sup>4</sup> Nr. 346

Buchhandlung von  
**Friedr. Meyer & Co.**  
Johannisstraße 46.

**In Freien Stunden**



Um 1. Juli bietet sich die Gelegenheit, Abonnent der „Freien Stunden“ zu werden, da ein neuer Roman beginnt. Auch während der schweren Kriegszeit ist diese Zeitschrift ein guter Kamerad geblieben, namentlich den vielen Frauen, die von den schweren Sorgen der Gegenwart eine Spanne Vergessenheit und Erholung suchen. „Aus eigener Kraft“ heißt der Roman, der zum Abdruck kommt, und als zweite Erzählung „Die Prarie am Sacinats“, eine Schilderung aus dem wilden Westen Amerikas. Daneben folgen vollständige, illustrierte Aufsätze aus allen Wissensgebieten, Rätsel, Winke für Haus und Küche für die notwendige Abwechslung des Lesestoffes und für die praktischsten Bedürfnisse der Hausfrau.

Wöchentlich erscheint ein Heft für 15 Pfennig

Zu beziehen durch:  
**Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.**  
Johannisstraße 46 und den Ansträgerinnen.

Ich bestelle hierdurch „In Freien Stunden“, wöchentlich ein Heft für 15 Pfennig.

Name: \_\_\_\_\_  
Ort: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_

(Der Bestellzettel ist anzufügen bei Zeitungsbestellen mitzugeben.)

**Deutsch. Holzarbeiterverband.**  
Zahlstelle Lübeck.

**Achtung Vertrauensmänner!**  
Am Mittwoch, dem 18. Juli  
abends 8 1/4 Uhr, findet eine  
**Vertrauensmänner-Versammlung**  
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52  
statt.

Tagesordnung:  
Bericht von der Städte-Konferenz in Berlin.  
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung darf  
keiner fehlen.

1821 **Der Vorstand.**

**Deutsch-Polnisch.**  
Sprachbüchlein für Feldsoldaten.  
— Preis 15 Pfg. —

**Deutsch-russischer  
Soldatensprachführer.**  
— Preis 20 Pfg. —

Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.  
Johannisstraße 46.

**Deutsche Volkspende**  
zum Ankauf von Leinwand  
für Heer und Stoffe.

**Opfertage**  
am 21. und 22. Juli 1917.

**Volksfest**  
am 22. Juli in Traetsdorf.

**Sozialdemokratische Frauen.**

**Großindustrie und  
Kriegswirkungen.**  
Von Richard Woldt.  
Preis 10 Pfg.  
Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.  
Johannisstraße 46.

**Ausflug**  
mit den Kindern  
am Donnerstag, dem 19. Juli  
nach Badelübbe.  
Treffpunkt 2 1/2 Uhr am Lindenplatz  
Abmarsch 2 1/2 Uhr präzise.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
(1929) Das Komitee.

**Hansa-Theater.**  
Heute abend 8 Uhr:  
**Die Ehe des  
Herrn Terbrügge.**  
1825

**Der neueste  
Kriegs-Atlas**  
mit 52 Karten von allen Kriegsschauplätzen des  
Weltkrieges. = Preis 1.— Mk.

**Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,**  
Johannisstraße 46.

**Stadthallen-  
Sommertheater**  
Dienstag, den 17. Juli 1917:  
Zum letzten Male:  
**Der Redaktionsengel.**  
Mittwoch, den 18. Juli 1917:  
**Die Puppe.**  
Donnerstag, den 19. Juli 1917:  
**Die Landstreicher.**  
Anfang der Vorstellungen  
8 Uhr.

**Dr. Michaelis, der neue Kanzler.**

Auf Herrn von Michaelis, den neuen Reichskanzler, sehen dieselben bürgerlichen Blätter, die Herrn von Bethmann-Hollweg mit Fuhrtritten verabschiedeten, ihre ganze Hoffnung. Im „Berliner Lokalanzeiger“ wird das Programm des neuen Kanzlers wie folgt umrissen: „Der Kanzler betrachtet es als seine Aufgabe, die innere Geschlossenheit zu erhalten und, soweit sie etwa verloren gegangen ist, wieder herzustellen. Der Wille zur Einigkeit muß wieder ein maßgebender Faktor unserer Politik im Innern werden. Nur wenn dies der Fall ist, lassen sich Kraft und Zuversicht nach außen im nötigen Maße in den Dienst des Vaterlandes stellen. Es bedarf keiner Betonung, daß an unserer in den Glutten des Weltkrieges bewährten Bündnispolitik festgehalten werden soll.“

Im allgemeinen jagt die bürgerliche Presse von dem neuen Reichskanzler, er habe sich in seiner letzten Stellung Achtung und Ansehen erworben. Seine nächsten wägigen Ueberlegung, seine Entschlußkraft und Willensenergie, habe man allenthalben schätzen gelernt. In allen seinen Ämtern, die ihm übertragen wurden, habe er zielbewußte Tatkraft, eisernen Willen, selbstständigen Urteil und eine Arbeitsfertigkeit bewiesen, deren Unermüdbarkeit die Bewunderung aller seiner Vorgesetzten und Untergebenen fand. Der „Berliner Lokalanzeiger“ weist auch auf seine Rede hin, die Herr Dr. Michaelis am 7. März ds. Js. im Abgeordneten-Hause hielt, mit der er sich als Staatskommissar für Volksernährung einführte.

Reserviert gegenüber Vorschlägen für den neuen Kanzler verhält sich der „Vorwärts“, der Herrn Michaelis zuruft: „Der neue Mann wird ein klares Bekenntnis ablegen müssen. Aus der Zweideutigkeit und Unklarheit, die die deutsche auswärtige Politik in den Ruf der Unrechlichkeit gebracht hat, müssen wir heraus. Entweder treibt „uns“ Eroberungslust, oder sie treibt uns nicht. Entweder wir müssen aus dem Krieg fremdes Land und fremdes Geld holen, mag er dann auch noch zehn Jahre dauern, oder wir wollen in absehbarer Zeit zum Frieden kommen, und dann beschränken wir uns auf das unzweideutige Programm eines reinen Verteidigungskrieges.“

Die bürgerliche Presse hofft, daß Herr Michaelis der starke Mann ist, der den festgefahrenen Karren auf ein Gleis führt, das selbstverständlich nach rechts geht — und zwar nach Ansicht der Konservativen und Altpreussischen. Diese sehen bereits ihren Weizen blühen. Sie wollen nichts von Parlamentarisierung und nichts von einem Verständigungs-frieden. Die alldeutschen „Berliner Neuesten Nachrichten“ schließen einen ihrer Artikel wie folgt: „Wenn der „Vorwärts“ als Ergebnis der Bethmann'schen Staatskunst dann feststellt: Halbheiten, Zweideutigkeiten, klaffende Widersprüche zwischen Wort und Tat, schließlich die Krise! So muß man ihm darin beipflichten. Wir sehen aber nicht, wohin es führen sollte, wenn nun ein Nachfolger käme, der es noch einmal versuchen wollte, die Zukunft Deutschlands auf die unsichere Grundlage demokratischer Staatsaufstellung, demokratischer Volksstimmungen und demokratischer, unsicherer Mehrheiten im Reichstag aufzubauen. Was wir brauchen — wir haben es immer wieder gefordert und unsere Forderung als berechtigt nachgewiesen —, ist ein Mann mit Führereigenschaften, der weiß, was er will; der die weltgeschichtlichen Zusammenhänge kennt und aus der Geschichte gelernt hat, daß der Uebergang zur Demokratie in allen Zeiten und bei allen Völkern der Anfang ihres Niederganges war. Eine faktische haltende Politik muß den Staat als solchen stärken, wie und wo er kann, und der Krone den Einfluß und die Stellung sichern, daß sie über den Parteien das allgemeine Wohl zu fördern nicht behindert wird. Kommt der „Vorwärts“ zu der Lösung: „... Rechts vom Wege liegt der Abgrund“, so rufen wir: „Links vom Wege liegt der Abgrund!“

Die „Deutsche Tageszeitung“ macht die neue Regierung scharf gegen eine Neuorientierung. Es ist das das dümmste, was sie tun konnte; die neue Regierung wird gut tun, in erster Linie gegen solche Staatsverbrechen ganz energisch einzuschreiten. Das Blatt schreibt u. a.: „Seit der letzten Tat Herrn v. Bethmann-Hollwegs, der Sicherung des Reichstags-

wahrheits für Preußen, ist der Ton der sozialdemokratischen Presse mit eins der Beschlüsse geworden. Die „Friedenspolitik des Reichstages“, wie sie der „Vorwärts“ versteht, ist das Bekenntnis zum Scheidemann'schen Verzichtsfrieden, zum Frieden um jeden Preis, auch um den höchsten, nämlich die Existenz des Deutschen Reiches und die Lebensfähigkeit des deutschen Volkes. Die geschwollene Ueberhebung der deutschen Sozialdemokratie ist im wesentlichen das Werk Herrn von Bethmann-Hollwegs, seines Mangels an Entschluß, an Blick, an Energie und an Geschma. Sein Nachfolger findet eine Lage vor, die mehr denn je der Energie, der Stetigkeit und aller der Eigenschaften bedarf, über die Herr von Bethmann nicht verfügte.“

Nicht einverstanden sind mit Recht einige linksliberale Blätter mit der Art, wie der neue Reichskanzler in sein Amt gekommen ist. So schreibt z. B. das „Berliner Tageblatt“: „Tatsache ist einseitigen, daß Herr Dr. Michaelis dem Volke und der Volksvertretung vom hohen Olymp herab gesehnet wird, von wo in ganz alten Zeiten das Schicksal zu den Menschen kam. Wir sind noch ziemlich weit vom parlamentarischen System, von der Teilung der Macht und der Verantwortung, von parlamentarischer Kontrolle entfernt, und alles spielt sich noch ganz nach der Tradition, unter Mitwirkung der verschiedensten Faktoren und nur nicht unter Mitwirkung der Volksvertretung ab. Der Reichskanzler Dr. Michaelis kommt, ohne daß die Vertretung des großen deutschen Volkes auf die Auswahl des Mannes, der in schwerer Zeit die Geschicke des Landes leiten soll, den mindesten Einfluß ausgeübt hat. Er wird sich das Vertrauen der Volksvertretung nur sichern können, und sie wird ihm ihr Vertrauen nur gönnen dürfen, wenn er ohne Zögern einer Neuordnung zustimmt, die wenigstens für die Zukunft dem Volkparlament den gebührenden und notwendigen Einfluß verschafft.“

Die „Reisische Zeitung“ schreibt: „So wenig uns die Partei-Ueberzeugung des neuen Mannes irgendwie beschwert, so sehr verdient auf der anderen Seite doch die Art Beachtung, in der er berufen wurde. Der Kaiser hat von seinem Recht, den Kanzler zu ernennen, Gebrauch gemacht, ohne, wie nach allem Vorangegangenen vielfach erwartet wurde, die Vertrauensleute der Parteien zu hören. Damit ist der Beweis erbracht, daß an die Durchführung eines parlamentarischen Systems bei uns augenblicklich nicht gedacht wird. Das konnte eigentlich auch vorausgesehen werden, nachdem einige der außerpreussischen Bundesstaaten, insbesondere Bayern, Bedenken gegen das parlamentarische Regime erhoben hatten. Es war aus den allerverschiedensten Gründen mündigenswert, die Kanzlerkrise so früh wie möglich zu beenden. Ob das möglich gewesen wäre, wenn man die Kanzlerfrage vor den Reichstag gebracht hätte, möchten wir nach den Erfahrungen der letzten Wochen bezweifeln. Eine Einigung hätte jedenfalls nur schmerz und langsam herbeigeführt werden können. Außerdem kann man parlamentarische Regime ebensovienig wie Parlamentarisierung beschließen; so etwas macht man, aber spricht nicht davon.“ Danach scheint allerdings die „Reisische Zeitung“ mit der Art der Berufung Dr. Michaelis' einverstanden zu sein.

**Kohlennot und Massenpeijung.**

Von Th. Thomas, Frankfurt a. M.

Die Entwicklung der Massenpeijung tritt mit dem nächsten Winter in einen neuen und vielleicht ernsteren Abschnitt ein, als in den verflissenen drei Jahren. Wenn wir bisher die ganze Frage nur unter dem Gesichtswinkel der Lebensmittelnot betrachtet haben, so zwingt uns der Verlauf der Kohlenkrise dazu, der öffentlichen Speijung jetzt auch vom Standpunkt der Kohlenersparnis näher zu treten, um die dann zu gewärtigende Lage soweit als möglich zu beherrschen.

Für den nächsten Winter haben wir, wenn nicht alle Anzeichen trügen, jedenfalls rein aus Kohlennot mit einem starken Andrang an unsere öffentlichen Speijeinrichtungen zu rechnen. Viele unserer Mitbürger, die bisher den Kriegsküchen fern bleiben konnten, weil sie noch am eigenen Herd

schmachhafter zu kochen in der Lage waren, werden in den kommenden Monaten oft dazu nicht mehr die Möglichkeit haben, weil die Kohlenknappheit auch sie zur allergrößten Sparjamkeit in ihrer Verwendung zwingt, wenn sie nicht etwa hier und da das Kochen überhaupt unmöglich macht. So werden viele, die Kohlennot, nicht dem eigenen Triebe gehorchend, zu Gästen der Kriegsküche werden müssen, die heute noch stolz an ihr vorüber gehen. Zwar verspricht man uns, daß jeder im nächsten Winter seine Kohlen haben soll; doch lassen uns die Erfahrungen mit anderen Waren hinter diese Versicherungen ein großes Fragezeichen machen. Selbst aber, wenn die öffentliche Versorgung mit dem Heizmaterial als Ausnahme einmal klappen sollte, werden die Mengen, immerhin so gering sein, daß wir trotzdem mit einem sehr großen Zustrom zu den Massenpeijungen zu rechnen haben.

Im Hinblick auf die gewaltige Kohlenersparnis wäre dies geradezu zu wünschen, denn was bei den Lebensmitteln nicht immer behauptet werden darf, in bezug auf die Heizungs-kann man bei der Massenkocherei enorm sparen. Sechshundert Tafen und Herde brauchen im Gegensatz zu einer großen Küche ganz unwirtschaftlich große Mengen. Kostet uns in Frankfurt doch ein Liter Eisen nur etwa 0,4 Pfennig Heizmaterial, das ist eine so geringfügige Summe, daß der Einzelhaushalt, selbst wenn er ein Muster von Sparjamkeit ist, überhaupt keinen Vergleich damit aushält, er braucht jedenfalls das Vielfache an Holz und Kohlen.

Sollte deshalb die Kohlennot so ernst werden, wie einige Schwarzseher in Aussicht stellen, dann würde zweifellos die Forderung wieder lebendig werden, das ganze Volk mit dem Eintopfergericht zu versorgen.

Jedenfalls sollten die Körperschaften, die mit der Verwaltung von Kriegs-, Fabrik- oder Volksküchen zu tun haben, alle Gemeinde- und Staatsbehörden die Vorgänge auf dem Heizstoffmarkt mit höchster Aufmerksamkeit verfolgen, um nötigenfalls auch bei den durch Kohlenmangel entstehenden Schwierigkeiten die Volksernährung unter allen Umständen sicherstellen zu können.

**Zentrum, Wahlreform und parlamentarisches System.**

Die Mehrzahl der Zentrumsblätter tut angeichts des unabwehrbaren Herannahens des gleichen Wahlrechts für Preußen aus Gründen der Agitation so, als ob es nie eine ehrlichere und eifrigere Vorkämpferin für das gleiche Wahlrecht gegeben habe, als die Zentrumsparlei. Es kann aber aus der Geschichte der Wahlrechtskämpfe in Preußen niemals ausgemerzt werden, daß in dem Aufruf der preussischen Zentrumsparlei bei der Wahl von 1913 das gleiche Wahlrecht ausdrücklich preisgegeben wurde und daß eine ähnliche Befundung parteipolitizeller Art auch aus der letzten Zeit vorliegt. Die „Köln. Volkszeitung“ macht auch jetzt noch kein Hehl daraus, daß sie lieber ein Pluralwahlrecht für Preußen gehabt hätte. In einem Artikel über Bethmanns Verabschiedung dankt sie ihm lediglich für die Beseitigung des Jesuitengeizes; die Wahlreform bucht sie als alleiniges Geschenk an die Linke. Tags zuvor hatte sie in einem Leitartikel erklärt, die Sozialdemokraten würden, „das kann nicht verschleiert werden, das Recht haben, die jetzige Entwicklung als einen Erfolg ihrer Agitation zu betrachten“. Im Anschluß daran gibt das Blatt der Sozialisten über diese Entwicklung Ausdruck; es schreibt u. a.: „Wir können nicht leugnen, daß wir darüber nicht ohne große Sorge für die Zukunft sind. Jede Modifikation des „gleichen“ Wahlrechts, wie etwa ein Pluralwahlrecht sie hätte bringen können, ist abgelehnt. Die landläufige Schablone des dekrinären Demokratismus wird angewandt, ohne daß weiter untersucht wird, ob sie für Preußen, so wie es ist, und wie es geschichtlich geworden ist, auch paßt. Das Prinzip der konsequenten Majorisierung, der Grundbald, daß die Minderschuld der Köpfe sich der Mehrzahl unterzuordnen hat, wird anerkannt, und die Folgen für die Gestaltung unserer weiteren Entwicklung sind damit vorgezeichnet. Der Gedanke der Autorität ist zurückgedrängt. Die Verantwortlichkeit für diese Entwicklung trifft in allererster Linie den

**Bäuerin und Gräfin.**

Von Theodor Mügge.

1. Fortsetzung.

Sie stiegen beide die Stufen hinauf, der Legationsrat blieb zurück, den Postillon zu befrichtigen und Befehle zu erteilen. Der Wagen wurde in den Hof gefahren, wo ein grautöpfiger Diener sich einstellte, der mit Hofmeisterlicher Würde berichtete, daß die Zimmer im oberen Geschloß für die Herrschaften bereit seien. Als der Baron alles im besten Zuge fand, folgte er der Gräfin nach und lächelte vor sich hin, als er ihre Aeußerungen über die Gesellschafterin mit dieser verglich, wie er sie gesehen hatte.

Es war allerdings etwas Ungehörliches in ihrer Erscheinung, allein der Baron fand diese mehr lächerlich als fürchterlich. Sie war groß und muskelkräftig, von starken Brust- und Kapsformen, und ihre Stimme klang so tief, wie die Stimme eines Mannes. Dazu paßte ebensowohl das nicht zu langende Bartchen auf ihrer Oberlippe, wie die dunklen großen Augen, die einen männlich festen Ausdruck hatten. Ihren Zügen fehlte alle weibliche Weichheit, allein es fehlte ihnen nicht die Harmonie und eine gewisse selbstbewußte Tatkraftigkeit. Der Legationsrat fühlte sich dadurch am allerwenigsten angezogen, im Gegenteil empfand er Widerwillen davon, und sein Gesicht drückte unerscholenen Spott aus; allein er war mit dem Resultat doch sehr zufrieden. Sie hat diese Person ein Ungeheuer genannt und hat sich vor ihr g'fürchtet, sagte er lächelnd. Ich müßte mich sehr irren, so wird sie in kurzer Zeit den besten Abscheu vor dieser Hausgenossenschaft empfinden, und das ist sehr wünschenswert. Es wird am besten sein, wenn ich mich weiter in nichts mische.

Mit diesem Entschlusse betrat er das Haus und sah sich in dem Korridor um, der es der Länge nach durchschnitt. Man findet in der Schweiz, wo es keine fürstlichen Paläste oder Ritterliche mächtiger Barone gibt, eine verhältnismäßig große Zahl stattlicher Landhäuser, die den Namen Schlösser verdienen, ihn zuweilen auch führen. In früherer Zeit, besonders im vorigen Jahrhundert, gehörte es zur Mode, in der Schweiz ein Aul zu suchen, sich dort anzukaufen oder anzubauen, und die Flüchtlinge jener Zeit waren nicht arme ausgestoßene Verbannte oder auch arm gewordene Krämer, sondern zum guten Teil Männer von Rang und Namen, welche ihren naturphilosophischen, ideologischen Träumereien nachhängen wollten, dabei aber in bequemer und vornehmer Weise rousseauschen Ideen huldigten. Auch dies Haus wurde wahrscheinlich von einem solchen Philosophen er-

baut, und sein jetziger Besitzer, Graf Christian Geriau, war ein ebendürtiger Nachfolger. Er hatte ebenfalls vor der Welt und ihrer Anzueht sich hierher geflüchtet, und philosophisch einjam genug sahien dieser alte Bau zu sein. Der Legationsrat gewahrte keinen Menschen, der ihn zurechtgewiesen hätte. Dagegen sah er ein Dutzend Türen und eine breite Treppe, welche nach oben führte. Der Korridor schien frisch geweißt, die großen Flügeltüren aber mit ihren erblindeten Goldleisten und abgestoßenem geschmückten Köpfen sahen alt, doch wahrnehmbar aus; ebenso das große Fenster im Hintergrunde, dessen bunte Glasstücke da und dort mit gewöhnlichen Glasstücken ausgefüllt waren.

Die Prosa des nützlichen Lebens, gehandhabt von Fräulein Babette, welche sich den romantischen Glanz der Halse schaffte, sagte der Legationsrat lächelnd, indem er eine der Türen öffnete und etwas überrascht auf der Schwelle stehen blieb. Er fand den Auspruch, den er soeben getan, hier noch mehr bestätigt. Das hohe Gemach von altertümlichem Ansehen mußte einmal viel Geld gekostet haben. Dunkles Getüfel reichte bis zu den gewirkten vorräuchernden Tapeten hinauf. Das gemalte Deckenstück wurde von reicher Stuckarbeit eingefast, doch diese wie jene, waren vergilbt und zerbröckelt. Auf der einen Wandseite befand sich ein großer darin eingelagerter Spiegel, an der anderen Seite ein Marmorlamina; in der Mitte aber stand ein langer brauner Tisch der gewöhnlichsten Art, auf welchem allerlei Wirtschaftsgenstände und Küchengeräte, Fleisch, geruppte Vögel und Braten, samt einer Galerie von ähnlichen Dingen Platz fanden. Was den Legationsrat jedoch weit mehr anzog, war eine junge Bäuerin, welche an diesem lehnte und, ihm den Rücken halb zugekehrt, ein Bild betrachtete, das über dem Kamin hing. Die Hände vor ihrem Geiß gestaltet, schaute sie unwidriglich zu dem Bilde hinauf, das eine reich gekleidete Dame darstellte, und da der Baron die Tür leise geöffnet hatte, schienen sie anfangs nichts von ihm zu hören. Er konnte sie einige Minuten lang ungestört betrachten, wobei er sein Glas, das an einer Schürze hing, zur Hilfe nahm, und was er sah, ihnen wenig genug von ihm zu gefallen. Die schlauke und dabei fröhliche Gesicht nahm sich in dem schattigen Zimmer sehr gut aus, und selbst die Sonnenstrahlen der Bäuerin hatte etwas Mädelches. Ihre weichen kurzen Haare, das Wieder mit der kurzen biden Silberbede, das sein geübtes Vorhandgehen, die weichen Sträupe und die weisse Halsbinde bildeten eine liebliche Landschaft. Als er Gedacht machte, daß sie sich noch ihm umhätte, sah er in ein tiefes, dunkles Gesicht, dessen hellere, treue Augen ihn betrachteten, aber nichts sagten.

Gedacht hat hier im Zimmer, auch das Bild der Baronin zu betrachten.

Nein Herr, ich komme nur zu Zeiten her, antwortete sie mit einem kleinen Knix.

Es was tust du denn hier? Ich war auf das Babil. Es ist davongelaufen, weil die alte Susanne hereinprang und rief, es komme ein Wagen mit Gästen.

So ist dies also des Fräuleins Wirtschaftszimmer? Ja Herr, Ihr seht's wohl. Wenn du aber auch nicht ins Haus gehörst, mein liebes Mädchen, sagte der Legationsrat, wirst du mir doch sagen, wo es nach dem Garten hinausgeht?

Auf der andern Seit', Herr, führt die Tür hinaus. So danke ich dir. Er blieb noch einen Augenblick stehen und deutete auf den Korb, der in ihren Händen lag und mit einem Zinmentaus bedekt war. Was hast du denn da drinnen? fragte er.

Frische Äpfel, Herr. Anken? O, ich erinnere mich, das ist das schweizerisch deutsche Wort für Mutter. Es mag so sein. Wir nennen's Äpfel. Hast du weiter nichts zu verkaufen? Nichts, Herr.

Und hast doch so viel Begehrenswertes! lächelte er m'itrophehlich ihr zuneidend. Heute darüber nach, mein artig Mädchen, und lebe wohl. Lebet wohl, Herr! sagte sie.

Sie hatte ihm den richtigen Weg gewiesen, denn als er die Tür gegenüber öffnete, trat er in einen sonnenhellen Garten, dessen weitgedöfneten Eingänge auf einem Säulenbau mündeten, bis zu dessen Stufen der Garten reichte. Ein herrlicher Platz war für dies Landhaus gewählt. Auf einem Hügelvorsprung lag es dicht am Abhange, der in terrassenförmigen Geländen zum Seeufer niederließ. Materielle Fernsichten öffneten sich über den See fort auf die waldigen Felsgebirge, hinter denen das Schweizerland liegt, und weiter südwärts, wo die schneeigen Berge von Uri an den Wolken zu hängen schienen. In nächster Nähe nahmen Garten und Park den Rücken des Hügels ein. Die Sonne leuchtete hier auf Blumenbeete und Fruchtbäume bis zu einer Doppeltreihe alter Linden, welche ihren Strahlen ein Ziel setzten, und in deren tiefhängenden Zweigen der Seewind flüsternde und die Vögel sangen.

Als der Legationsrat dies alles mit raschem Blick betrachtete, hörte er die froh klingende Stimme der Gräfin unter den Bäumen. — Ein sehr freundliches Wiedersehen wird dort gefeiert, jagte er, ich komme aber hoffentlich immer noch zur rechten Zeit.

(Fortsetzung folgt.)

Reichstänker und Ministerpräsidenten, welcher ungefähr alles verjagt hat, um die verständigsten und sichersten Richtlinien der Oberbolschajst festzuhalten und durch seine gesamte Haltung seit Monaten die jegliche Entscheidung tatlos heranzutreiben ließ.

Weiter fragt die „Köln. Volkszeitung“: Soll auf dem beschrittenen Wege des Nachgebens (!) gegenüber den Bestrebungen der Linken fortgefahren werden? Und sie macht schließlich den biedermännlichen Vorschlag, das gleiche Wahlrecht jetzt anzunehmen, dann aber auf die Einführung des förmlichen parlamentarischen Systems zu verzichten.

Das Hauptorgan der bayrischen Zentrumsparterie, der „Bayr. Kurier“, der schon früher die „ganz ungehörliche Präponderanz“ der preussischen Wahlrechtsfrage in der Reichspolitik beklagt hatte, droht jetzt in aller Form mit „Konsequenzen“, wenn sich Zentrumsabgeordnete auf den Boden des parlamentarischen Systems stellen würden. Die Parlamentarisierung der Regierung sei mit dem Parteiprogramm des Zentrums vollständig unvereinbar; die Parlamentarisierung des Reiches verstoße gegen dessen föderativen Charakter. Der Artikel schließt mit der Drohung: „Wir haben mit aller Deutlichkeit gesprochen; diejenigen, die es angeht, werden wissen, was wir meinen. Das bayrische Zentrum kann und wird eine Verletzung der hier behandelten Parolegrundsätze niemals mitmachen. Wer glaubt, diese Grundsätze nunmehr aufgeben zu können, mag hieraus die Konsequenzen ziehen, gleichviel, welche Stellung er bisher innerhalb der Zentrumsparterie eingenommen hat.“

Unter diesen Umständen darf man auf das Ergebnis der Verhandlungen des in dieser Woche in Frankfurt a. Main zusammentretenden Reichsausschusses der Zentrumsparterie mit Recht gespannt sein. Den Anstoß zu dieser Tagung gab der bayrische Zentrumsführer Held.

### Lapfere Rede eines Sozialisten.

In der italienischen Kammer werden jetzt die Tagesordnungen zur politischen Lage begründet.

Der sozialistische Deputierte Treves führte in Begründung der von ihm eingereichten Tagesordnung für einen jähneln Frieden und eine internationale Erneuerung Europas aus, der Krieg diene dem Kabinett Bololet als Vorwand, um über Italien hinwegzukommen, ohne sie zu lösen. General Caborna habe kein Recht, Telegramme zu verfassen und zu veröffentlichen, die Parteien betreffen, und hierzu parteiisch Stellung zu nehmen. Die Militärbehörden dürften überhaupt auf jede Weise die Gewalt über die politische Behörde zu bekommen, und dieser das Ansehen zu rauben. Italien kenne drei Kriegsforneln: die des heiligen Egoismus, die des heiligen Altruismus und jene des allenthalben zugrundeliegenden Imperialismus. Sonnino, der in den Augen vieler immer noch die alte Eroberungspolitik und die Politik der Kompensationen und Gleichgewichte verfolge, mühe entschiedener bekennen, zu welcher dieser drei Formeln er halte. Beigiebt der Unabhängigkeit Albanien unter italienischem Protektorat lag Treves, ein Protektorat über ein freies Volk wie das albanische, das keine eigene Gerichtsbarkeit und Selbstverwaltung von jetzt hatte, sei unangebracht. Die Albaner könnten heute von den italienischen Soldaten daselbst sagen, was im Jahre 1849 Dante Manin von Oesterreich, das Venedig zu ausgebeutet verwarfte, sagte: Uns liegt nichts daran, daß sie gut verwalte, die Hauptsache ist, daß sie ihres Weges gehen. (Sonnino ruft: Gewiß! Aber auch ander: dürften nicht hingehen!) Italien sollte, bevor es in Albanien und sonstige Verbindlichkeiten übernimmt, der vernachlässigten Gegend Süditaliens gedenken. Die Politik Italiens gelange in Widerspruch zu den Interessen des neuen Ruhlands, das sich nicht für den eigenen Imperialismus schlagen wolle, also auch nicht in fremden Imperialismus einwilligen werde, den Italien und seine Verbündeten ja übrigens als Schwand des Krieges gegen die Zentralmächte und deren Militarismus zu betrachten pflegen. Das Volk frage sich, wann es eine Grenz für seine Opfer geben werde. Die Völker werden das Schicksal des Krieges, inwieweit die Nationalitäten in Betracht kommen, durch Wahlzettel entscheiden. Ein französischer Akademiker habe in einem Buche geschrieben, daß die sogenannten unerlösten italienischen Gebiete gar keine Lust verspürten, sich von Oesterreich zu trennen. Daraus ergäbe sich die Notwendigkeit der Plebiszite. (Sonnino ruft: Zur Vermeidung der Plebiszite schiden wir dann einen Wilson!) Die sozialistische Partei glaube, daß der Friede von internationaler Plebiszitarier herbeigeführt werden müsse, und habe deshalb der Sozialistischer Konferenz zugestimmt. Anderen verzeihen auch im Rahmen dieser Konferenz die italienischen Sozialisten niemals die Interessen Italiens. Ihre Formel sei: weder Annexionen noch Entschädigungen und Freiheit des Lebens für alle Völker. Aus den Schlingengärten läme der Ruf: Im nächsten Winter darf nicht mehr Krieg sein! Der radikale Bantano erklärte dagegen, daß sich aus den Schlingengärten keineswegs jener Ruf vernehmen lasse, den Treves angeführt habe, sondern der Ruf: Ausbarten, solange es die Grundzüge, Aspirationen und Interessen Italiens erheischen!

Rufe auf den Säulen der sozialistischen Linken: Höret doch endlich mit dieser nutzlosen Rhetorik auf! Auch die Soldaten sind müde! — Dieser Zwischenruf gab Anlaß zu einem Faustkampf auf der äußersten Linken.

### Der Frauen Kriegsdienst.

Die Frau ist in das Erwerbsleben eingegliedert, und es kann nicht angenommen werden, daß da nach dem Kriege eine vollständige Bewegung eintreten werde. Das Gegenteil mag erwartet werden, gegründet auf die Verhältnisse und Eingriffe, die der Krieg vorgenommen hat. Selbst wenn man annimmt, daß nach dem Kriege der größte Teil der Kriegsarbeiterinnen zum Teil aus dem Erwerbsleben ganz auscheiden und zum Teil in frühere Berufe zurückkehren wird, und das wird ja sein, so wird dennoch ein bestimmter Teil auf dem im Krieg eroberten Arbeitsplätzen bleiben. Aus ganz einfachen Gründen. Erstens, weil nach mehr Frauen werden arbeiten müssen; zweitens, der Krieg hat Frauen und Mädchen in das Erwerbsleben geschleudert, die früher eine andere Lebensbetätigung oder eine andere Zukunft vor sich hatten. Der Krieg hat auch Frauen an Arbeitsstellen gebracht, wo man früher von Frauen gar nicht geträumt hat. Und das entbehrende ist, daß es sich so vielfach bewährt haben.

Es wird gewiß auch andere Erfahrungen geben. Es werden aber welche Rückschlüsse auf die im Krieg erzielte weibliche Leistungsfähigkeit gezogen. Vielleicht darf man das nicht alles rasch nehmen, vielleicht heißt hier und da schon die geheime Angst dahinter, daß gegen die Zukunft zu kämpfen, das heißt gegen die „Begrifflichkeit“ der Arbeiterklasse nach dem Kriege. Mit einer großen weiblichen Reservearmee in Bereitschaft kann man natürlich den Arbeiter mehr zusetzen, als diese ertragen können. Darin ist es von großer Wichtigkeit, in welchem Maße der Krieg das Leben der Arbeiterinnen in das Erwerbsleben gedrängt hat. Über Zweifel alle die, die durch den Krieg proletarisierter wurden, jetzt auch die, die den Göttern, den Vätern verdorren haben, und viele, denen der Krieg die häufigsten Heiratsaussichten geraubt hat. Auch Beschäftigungen solcher Art, wo die weiblichen Arbeiterinnen geachtet sind, werden vielfach einfließen können. Denn das Bedürfnis nach Dienstleistungen hat im Kriege vermindert. Mühseligkeiten sind vermindert, wo man zwei Wägen hatte, mag ein genügen, wo man drei hatte, heißt man sich vielfach ohne Hausgehilfe. Die lange die Verhältnisse zu ändern werden, läßt sich natürlich nicht erwarten, je mehr aber der Arbeitsmarkt befreit wird. Sie

gebieten auch den Arbeitern, die Dinge offenen Auges zu betrachten.

Die Arbeiterorganisationen Deutschlands haben über die Frauenarbeit im Krieg viel Material gesammelt, das zum großen Teil in der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“, dann in verschiedenen Gewerkschaftsblättern veröffentlicht wurde. Einiges von den Feststellungen, die in Deutschland erfolgt sind, wollen wir hier erzählen, zur Beleuchtung der Frauenarbeit im Kriege: zum Nachweis, daß es eine der größten Lügen war, wenn man immer, so oft die Frauen politische Rechte forderten, gesagt hat: „Wozu politische Rechte? Frauen müssen ja nicht Soldaten sein, sie ziehen ja nicht in den Krieg!“

Heute weiß man, daß auch hinter der Front schwere Kriegsoffer zu tragen sind und daß es ohne die Mitarbeit der Frau in der Kriegswirtschaft in allen Ländern wahrscheinlich keinen Krieg mehr geben könnte. Munition, Monturen, Nahrung, alles würde fehlen. Was die Frauen für den Krieg leisten — ohne daß sie sich aus Neigung diese Tätigkeit gewöhnt haben, selbstverständlich —, erzählt man von den Eisenbahnerinnen. Aus einem Berliner Großbetrieb wird berichtet, daß Frauen und Männer an ganz gleichen Maschinen beschäftigt sind; beide ungelern, beide leisten die gleiche Arbeit, beide brauchen Einrichter. Die Arbeiterin bekommt aber nur die Hälfte vom Akkordpreis des Mannes! Schwächere Frauen nur ein Drittel und weniger vom Männerlohn. Leistet aber die Frau mehr als der Mann, so erhält sie trotzdem weniger Lohn. Ein Wochenlohn von 15 Mark bei täglich zehnstündiger Arbeitszeit ist bei Arbeiterinnen häufig. Die schwachen schußbedürftigen Frauen!

In der Chemnitzer Metallindustrie bedienen Arbeiterinnen drei bis fünf Fräsmaschinen zu gleicher Zeit. Im Hüttenwesen, wo die Arbeit an die physische Leistungsfähigkeit besondere Anforderungen stellt, erziehen drei Frauen zwei Männer. Manchmal erzieht aber auch eine Frau einen Mann. Selbst im Kesselhaus der Königshütte, eins der größten Eisenwerke Oberschlesiens, arbeiten 40 Frauen als Kesselheizerinnen! Sie leisten die gleiche Arbeit wie die Männer. Die Granatengünderkontrolle wird auch von Frauen besorgt. Jede Granate wird mit einem Hammer abgeklopft, um Fehler herauszufinden. Für diese Arbeit wird ein Stundenlohn von 35 Pfennig bezahlt. Das Uebersehen eines Fehlers wird mit 50 Pfg. Abzug bestraft. Die Arbeiterinnen bekommen schwierige, aufgeriebene Hände.

Bemerkenswert ist übrigens, daß im preussischen Bergbau, wo vor dem Kriege 3000 Frauen gearbeitet haben, 1916 30 000 Frauen beschäftigt wurden. Sie machen schwere Arbeiten, wie Entladungen, Befüllungs- und Aufräumungsarbeiten.

Im preussischen Abgeordnetenhause hat schon am 28. Februar 1916 beim Etat der Eisenbahnverwaltung der Minister für öffentliche Arbeiten über 35 000 beschäftigte Frauen berichtet und es wurde erwartet, daß sich diese Zahl bis Ende 1916 auf 45 000 vermehren würde! Bei den sächsischen Bahnen gab es nach einem Bericht im sächsischen Landtag im Frühjahr des Vorjahres 2000 Arbeiterinnen, unter ihnen 740 in dauerndem Arbeitsverhältnis.

Die Organisation der Bauarbeiter Deutschlands hat 1916 eine Erhebung über die Frauenarbeit veranlaßt. Von 859 Zweigvereinen haben 815 geantwortet; 183 große Orte berichteten über eine Frauenarbeit. 944 arbeitende Frauen wurden demnach gezählt, davon arbeiteten 3995 auf Hoch- und Tiefbauten und bei Erdarbeiten. Ferner bei militärischen Zwecken dienenden Bauten. Mit Schieblaren fahren sie Kies, sie haken Baumrücken aus, sie arbeiten an Mähmaschinen für Beton und bedienen Materialzüge, wie sie auch mit schwerem Eisenzeug hantieren. Als Hilfsarbeiterinnen arbeiten sie beim Fliesenlegen und machen selbständige Tümpelarbeiten. Auch beim Straßenbau sind sie tätig. Dazu ist zu bemerken, daß nach der Gewerbeordnung Frauen diese Arbeiten verboten sind. Aber der Krieg! Das bemerkenswerte ist, daß, obwohl die Unternehmerschaft wie der Staat die Mitarbeit der Frauen bei diesen, ihrer Natur nicht entsprechenden Arbeiten nicht entschärfen können, sie sie dabei sehr leicht bejahen. Nach der Erhebung des Bauarbeiterverbandes ist der höchste Stundenlohn für Frauen 60 Pfg., sie bekommen aber auch nur 15 Pfg. Der Tagelohn beträgt in Berlin von 1.50 Mark bis 1.70 Mark. Frauen erhalten nur zwei Drittel des niedrigeren Männerlohnes.

Diese paar Beispiele genügen wohl, um die Phrasen von den großen Kriegsverdiensten der Arbeiterinnen in das rechte Licht zu rufen. Gewiß werden auch höhere Löhne gezahlt, zeitweise sogar sehr hohe, aber sie verhältnismäßig gegen die Masse niedriger und ganz niedriger Löhne. Wobei ja noch die teure Lebenshaltung und die Anforderung an die Körperkraft in Anschlag gebracht werden müssen. Die Bauarbeiter haben übrigens beschlossen, Frauen nicht in ihren Verband aufzunehmen, da ja deren Tätigkeit im Bauwerke nur für den Krieg gedacht, sonst aber geistlich verboten ist; jedoch will die Organisation alles tun, um die Lage der Arbeiterinnen günstig zu gestalten.

Nach einer bisher von der Frauenarbeit verstoßten gebliebene Arbeiterkategorie des Deutschen Reiches hat mit den Unternehmern vereinbart, während des Krieges und wegen Mangels an männlichen Arbeitskräften die Frauenarbeit zuzulassen. Es ist der Verband der Buchdrucker, der mit dem Tarifamt vereinbart hat, Frauen für die Kriegsdauer an der Setzmaschine und Setzlehren zuzulassen. Zu wünschen wäre, daß auch der Beruf der Kesselheizerinnen nur auf den Krieg beschränkt bleibt, sowie auch die Arbeit der Frauen an den Glasköpfen der Porzellanfabriken, wo sie bei einer Temperatur von sechzig bis siebenzig Grad arbeiten müssen.

Kann man bei dieser Tätigkeit der Frauen im Kriege noch behaupten, daß sie nicht reif seien, an den Geschäften der Gemeinde oder des Staates Anteil zu nehmen? Kann man noch aufrechterhalten, daß die Frauen nur an Haus, Herd und Familie gebunden sind, daß sie aber von der Politik ihre Hände lassen sollen, weil sie für den Beruf der Gesetzgebung nicht geeignet sind? Sind die Frauen an der Arbeiterklassegesetzgebung wirklich nicht beteiligt?

### Gewerkschaftsbewegung.

Lebenslagen und Tarifbewegung im Holzgewerbe. Bei der herrschenden Teuerung haben die Holzarbeiter sich seit mehr als Monatsfrist um erneute Lebenslagen bei ihren Arbeitgebern bemüht. Die Unternehmer haben jedoch — mit verschwindenden Ausnahmen — des bestehenden Tarifverhältnisses vorgelagert und ernstliche Verhandlungen über diese von den Arbeitern erhobenen Wünsche an den einzelnen Orten abzuwehren gesucht. Für solche Verhandlungen sollten nach ihren Einwendungen nur die Zentralorgane der beiderseitigen Organisationen zuständig sein. Bei dieser Sachlage sah sich der Verband des Holzarbeiterverbandes veranlaßt, dem Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe Anfang Juni zentrale Verhandlungen über die bis dahin an den einzelnen Orten gestellten Forderungen der Arbeiter anzubieten. Wie bei den meisten betriebsfremden Fällen, hat es auch dieses Mal recht lange gedauert, bis die Unternehmer ihre Vorbereitungen für solche Verhandlungen getroffen hatten; doch werden diese Verhandlungen wann auch in den nächsten Tagen an der Leitung des Kriegsausschusses vor sich gehen. Der Holzarbeiterverband hat inzwischen auf einer Kreisversammlung am 11. und 12. Juli, zu welcher Vertreter aus fünf Vertragsorten delegiert waren, zu den bevorstehenden Verhandlungen Stellung genommen. Nach gründlicher Prüfung aller in Betracht kommenden Umstände hat die Konferenz ihre Stellung in nachfolgender, einräumig beschlossener Resolution festgelegt:

Unter dem Druck der wachsenden Teuerung, die die Existenz der Arbeiterbevölkerung außerordentlich und in steigendem Maße bedroht, haben die Holzarbeiter im Reich, geführt auf das im vorigen Jahre vor dem Reichsausschusse des Innern getroffene Uebereinkommen, schon seit Monaten erneute Lebenslagenforderungen an die jeweiligen Arbeitgeberorganisationen gestellt. Die heutige Konfe-

renz von Vertretern aus 105 Vertragsorten beauftragt den Verhandlungsleiter, die Forderungen in Höhe von mindestens 30 Pfg. für die Stunde mit den entsprechenden Nebenforderungen bei den von den Arbeitgeberangebotenen zentralen Verhandlungen mit größtem Nachdruck zu vertreten. Die Konferenz protestiert gegen die wochenlange Verzögerung dieser Verhandlungen durch die Arbeitgeber und verlangt unter allen Umständen jetzt eine schnelle Erledigung, weil der Verband die Verantwortung für die andernfalls entstehenden Folgen nicht zu tragen vermag.

Das Ueberwiegen der weiblichen Arbeitskraft in der Tabakindustrie. Nach einer kürzlich vorgenommenen Erhebung waren im Bezirk des 14. Armeekorps (Baden und der äußerste Teil Oberelsaß) 24 483 Tabakarbeiter beschäftigt. Von diesen waren 21 483 weibliche und genau 3000 männliche Arbeiter. Von den letzteren können nach 1576 zum Heeres- oder Hilfsdienst eingezogen werden. Der Rest verteilt sich auf solche männliche Arbeiter, die entweder das heeres- oder hilfsdienstpflichtige Alter noch nicht erreicht, oder daselbst bereits überschritten haben. Unter den 1576 Arbeitern, die noch zum Heeres- oder Hilfsdienst herangezogen werden können, befindet sich eine größere Anzahl Kellnerinnen, Sortierer, Wäcker usw. Wie man aus diesen Zahlen ersieht, sind die männlichen Tabakarbeiter in Baden schon fast ganz verschwunden.

### Aus Nah und Fern.

Ein Familiendrama hat sich in der Riffinger Straße in Steglitz abgespielt. Die dort wohnende Schriftsetzerin Emilie Schuster, deren Mann im Felde steht, war schon seit langem nervenkrank. Das Leiden verschlimmerte sich immer mehr, und die Frau verfiel schließlich in Schwermut. In dieser Gemütsstimmung äußerte sie wiederholt Selbstmordgedanken. Seit einigen Tagen wurden weder Frau Schuster noch deren zehnjährige Tochter Agnes gesehen. Man nahm an, daß Mutter und Kind zu Verwandten aufs Land geeilt seien. Erst als aus der Schusterischen Wohnung starker Gasgeruch drang, schlopfte man Verdadacht und ließ die Wohnung öffnen. Man fand Mutter und Tochter tot im Bette auf; sie waren einer Leuchtgasvergiftung erlegen. Alle Gasahnde der Wohnung waren geöffnet.

Drei Begleitete wurden auf der Zeeke Werne infolge verbotswidriger Grubenfahrt getötet.

Lebensmittelschiebungen und Beschlagnahme von Waren. Wegen Lebensmittelschiebungen wurden, der „Schles. Ztg.“ aus Beuthen zufolge, 10 Personen aus den ober-schlesischen Industriebezirken verhaftet, aber wieder freigelassen. Unter den Verhafteten befindet sich ein Dresdener Kaufmann. Mehrere Eisenbahnwagen mit Seife und anderen Waren im Werte von einer Million Mark wurden beschlagnahmt.

Gegen die Mietssteigerungen. Sämtliche Kündigungen, die die Danziger Hausbesitzer am 1. Juli ausgesprochen haben, sind jetzt von der Kommandantur für nichtig erklärt worden. Die Kündigung von Wohnungen ist fortan nur mit Genehmigung der Kommandantur gestattet. Diese Anordnung hat rückwirkende Kraft.

Durchhalten auf treu-alledeutsche Art! Die „Deutsche Zeitung“ bringt in ihrer Morgenausgabe vom 10. Juli 1917 folgendes Inserat:

Bitte.  
Welcher Landwirt liefert an treu-alledeutsche mit zahlreicher Familie je 1 Ztr. Erbsen, Puffbohnen und Mohrrüben (Karotten) für den Winter zum Einfachen gegen angem. Bezahlung? Angebote an Direktor Mahlfiedt, Hannover, Dohsenstraße 8.

Das nennt der treu-alledeutsche Herr Direktor: Durchhalten. Die anderen können ja verhungern. Wenn dann Arbeiter aus Not und Entbehrung in den Streik getrieben werden, der ihnen einige Gramm Brot bringen soll, dann sind es die Hundsfotte. Und wo ist hier der Schuhmann, der an dem Bahnschiff steht, um armen Kindern die drei Pfund Kartoffeln abzunehmen, die sie Stundenweit aus den Dörfern holen, barfuß, mit dem Rudack auf dem schwachen Rücken?

Eine Antwort, die Höner und Zähne hat. Ein Frankfurter Leser, der eine württembergische Sommerfrische aufzusuchen gedachte und als vorläufiger Mann sich vorher erkundigte, wie es mit der Verpflegung stehe und ob er insbesondere Milch, Butter und Eier bekommen könne, erhielt von dem treuerhizigen Gastwirt die folgende geharnischte Antwort:

„Bezugnehmend auf Ihre Anfrage kann ich Ihnen keine solche letzten betreffend fischer Milch, Butter, Eier und Fleisch mit im Kriegszustand, und da muß sich jedes mit seinen Ansprüchen mäßigen. Die Pension ist 6.20—7.00 Mk. geboten kann nur das Gehehl. erlaube ich vom Kommunalverbande jedem nachzuzugangehörigen zuzuführen. Erforderlich sind 4 Mk. Abmeldung vom Nahrungsmittelamt, Reichs-Gastbrotmarken, Reichsfleischmarken, u. Zuder. Glauben Sie daß wir in... uns noch Mästen können, den wozu Wald ist, kann auch nichts sonst waschen.“

M. N.

„Lassen Sie sich vom Reichsernährungsamt einen ausweiss geben, daß Sie mehr recht haben wie ein verjüngungsberechtigter Einwohner, daß Sie es nötig haben recht fisch Milch, Butter, Eier und Fleisch für sich zu beantragen. Wir fügen uns mit 4 l. Milch pro Tag, 8 Gr. Butter pro Tag, 26 Eier pro Jahr, und 500 Gr. Fleisch in der Woche und sind auch noch da, und sind noch besser daran als wozu die Kanonen Ihre unweihen treiben.“

### Literarisches.

Zu den jetzigen Verfassungskämpfen empfehlen wir das vor einigen Jahren erschienene Buch von Georg Gradnauer „Verfassungsweisen und Verfassungskämpfe in Deutschland“. Das Buch ist eine wichtige Unterlage zur Beurteilung der gegenwärtigen Verfassungskämpfe. Der Verfasser gibt in großen Umrissen eine gemeinverständliche Darstellung der Entstehung des Deutschen Reiches, wie es sich aus den politischen Wirren und den wirtschaftlichen Rückschlägen des 19. Jahrhunderts entwickelt hat. Es legt dar, in welchem Verhältnis Reich und Bundesstaaten zu einander stehen, schildert die verfassungsmäßigen Rechte der einzelnen Organe des Reiches: Kaiser, Kanzler, Bundesrat, Reichstag, und die Aufgaben, welche der Verwaltung des Reiches: Auswärtiges Amt, Heereswesen, Marineverwaltung, Kolonialamt, Reichsgericht, Reichsausschuss des Innern usw., obliegen. Er behandelt die Mängel unserer verfassungsmäßigen Zustände, die im Widerspruch stehen mit dem wirtschaftlichen Aufschwung des Reiches und die deshalb zur Demokratisierung unseres gesamten öffentlichen Lebens als eine nationale und kulturelle Notwendigkeit hindrängen. In den Kämpfen um die Demokratie, sagt der Verfasser, keine Schlussfolgerungen zusammenfassend, ist der Arbeiterklasse als dem kräftigsten Träger der wirtschaftlichen Entwicklung die wichtigste Aufgabe zugewiesen. Sie muß das Deutsche Reich von den veralteten Mächten der Vergangenheit lösen und zu einem vollständigsten Gemeinwesen gestalten.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lübeck.

### Inferate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnen will, merke in Lübecker Volksboten